

Anfrage 10

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	24.08.2020	öffentlich

Anfrage der AfD-Fraktion im Stadtrat von Ludwigshafen; Masken und Coronazahlen

Vorlage Nr.: 20202048

Stellungnahme der Verwaltung

1. Dem Stadtrat wurde vermittelt, dass vor der Pandemie ein ausreichender Vorrat an Mund-Nasen-Masken in der Verwaltung vorhanden waren. Für welchen Zeitraum reicht der Vorrat Stand heute noch aus?

Zurzeit verfügt die Verwaltung über einen Lagerbestand an Einmalmasken und FFP2-Masken. Dieser Bestand wird ca. für 2 Monate ausreichen. Es ist beabsichtigt, in Kürze den Bestand insoweit aufzustocken, dass mit der Vorratshaltung ca. 6 Monate abgedeckt werden können.

Der derzeitige Vorrat an Masken in der Katastrophenschutzhalle umfasst 15.000 Mund-Nasen-Schutz sowie 12.000 FFP2-Masken, die auch die Reserve für Feuerwehr und Rettungskräfte darstellt. Für die Pflegehilfseinrichtung Eberthalle sind weitere 6.000 FFP2-Masken vorgehalten.

2. Wurden aus Gründen der Nachhaltigkeit für die Angestellten der Stadt auch Textilmasken angeschafft bzw. verteilt? Oder gibt es Pläne das in Zukunft zu tun?

Parallel zu der Bestellung von Schutzausrüstung im Frühjahr wurden auch Stoffmasken für die Mitarbeiter*innen bestellt und umgehend nach der Lieferung zur Verfügung gestellt (2 Stoffmasken pro Person). Auch hier verfügt die Stadtverwaltung noch über einen kleinen Lagerbestand. Einigen Mitarbeiter*innen müssen aber aus hygienischen Gründen weiterhin Einwegmasken (OP-Masken) zur Verfügung gestellt werden, z.B. für Hausbesuche.

3. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die steigenden Zahlen der SARS-Cov-2 positiv getesteten Ludwigshafener Bürger und Bürgerinnen (Stand 13.08.2020: 26,9 Fälle/100.000 Einwohner)?

Durch die verstärkten Testungen seit Anfang August und die Verpflichtung der Testung von Urlaubsrückkehrer*innen aus Risikogebieten ist ab der 33 Kalenderwoche ein deutlicher Anstieg der positiv getesteten Fälle feststellbar. In den letzten Tagen relativiert sich die Zahl auf täglich durchschnittlich vier Bürger*innen, die positiv auf Covid-19 getestet werden.

Als eine Reaktion hierauf ist zum Schutz der Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung beabsichtigt, die Bürger*innen per Aushang und u.a. durch Veröffentlichung im Internet darauf hinzuweisen, dass das Betreten der Verwaltungsgebäude nur möglich ist, wenn die Rückkehr aus einem Risikogebiet länger als 14 Tage zurückliegt bzw. ein Covid-19-Test negativ war und die*der Besucher*in symptomfrei ist.

Der Koordinierungskreis der Stadt beobachtet die Entwicklungen ganz genau. Der bisher wöchentliche Konferenzrhythmus wurde angepasst. Zurzeit wird die Lage alle zwei Tage analysiert und es werden die notwendigen Schritte beraten.

